

DEUTSCHE BÄCKERZEITUNG

Offizielles Organ
des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Hamburg 23), Markstraße 27.
Erscheint jede Woche Sonnabends.

Offizielles Organ
der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker u. Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Dresden), Liliengasse 12.
Postzeitungsliste Nr. 1787a.

Wen wählen wir am 16. Juni in den Reichstag?

II.

Wenn das alte deutsche Sprichwort: „Viel Feind, viel Ehr!“ Recht hat, so ist die sozialdemokratische Partei wohl die ehrenvollste, die es in der Welt gibt. Keine Partei wird so viel bekämpft, verleumdet, bedrängt und bedrückt wie die Sozialdemokratie. Die schwarzen und die blauen Gendarmen ziehen aus zum Kampf gegen den „Umsturz“; Richter und Staatsanwälte, Bürgermeister und Landräte, Minister und Nachtwächter, kurz alle „staatsbehaltenden Elemente“ machen mobil gegen „die rote Kotte“; die bieberrn Bürgerleute und die Großkaufleute, Mistjunker und Schlotjunker, Fabrikanten und Handwerker, Bauern und Krämer arbeiten auf die Vernichtung der Sozialdemokratie los; die Nationalliberalen und die Konservativen, die Freikämfigen und die Antifemiten, die Ultramontanen und die Kulturkämpfer, alle sind sie einig im Kampfe gegen die Sozialdemokraten; protestantische Pastoren, katholische Kapläne und Subentrabbiner, Jesuiten und Freidenker, gläubige Mönche und ungläubige Professoren, alle tragen sie ihr „Schwert“ bereit, um die bösen Sozialdemokraten zu verbrennen — die Jagd auf Rotwild ist eröffnet.

„Die Sozialdemokratie ist der Feind!“ so heißt es in den Wahl-Flugblättern, ihr Ziel ist nicht die Reform des Bestehenden, nicht die Pflege der Arbeiterwohlfahrt, sondern der Umsturz der heutigen Weltordnung!“ Da gibt es keine Scheupflüchtigkeit, die den Sozialdemokraten nicht angeht, kein Verbrechen, das ihnen nicht zur Last gelegt wird. Sie wollen Eigentum und Ehe abschaffen, Religion und Moral vernichten, Kunst und Wissenschaft zerstören. Und vor allen Dingen wollen sie das liebe, teure Vaterland verraten. „Alle Menschen sollten von derselben gleichen, starken Liebe zum gemeinsamen Vaterlande erfüllt sein,“ hieß es neulich in einem Flugblatte. „Um sein Vaterland zu lieben, braucht man weder reich noch hochgestellt zu sein. Man liebt sein Vaterland, weil diese Liebe jedem guten Menschen angeboren ist — so wie man seine Eltern liebt. Auch die Eltern liebt man, ohne Rücksicht auf Reichtum oder hohe Stellung. Alle Eltern werden von ihren Kindern geliebt. So sollen und können auch dem Vaterland alle seine Söhne in gleicher Liebe zugetan sein. Wie nun die Eltern in der Regel keinem ihrer Kinder den Vorzug geben, so umfaßt auch das Vaterland alle seine Söhne in gleicher Liebe. Und der stärkste und edelste Ausdruck dieser Liebe ist mit dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht gegeben. Die Sozialdemokraten sind entartete Söhne des Vaterlandes. Sie vergelten die Liebe mit Haß. Das Reichstagswahlrecht sollte der festeste Kitt sein, der das Gebäude des Reiches durch die aufopferungsvolle Liebe aller Deutschen für alle Zeiten zusammenhält. Die Sozialdemokratie aber benutzt das Reichstagswahlrecht, als ob es ein Sprengstoff wäre, um das Reich zu zerstören. Wenn man bedenkt, welches der wahre Sinn und Grund des Reichstagswahlrechtes ist, und dann überlegt, wie die Sozialdemokraten davon Gebrauch machen, dann muß man doch fragen: Kann es ein größeres Unrecht und einen abscheulicheren Unfug geben?“

Wenn man solchen Blödsinn liest und eine solche Kampfesweise betrachtet, so fällt einem unwillkürlich der Spruch des Dichters ein, der da lautet:

„Wenn dich die Lästergunge sticht,
So laß dir dies zum Troste sagen:
Die schlechtesten Früchte sind es nicht,
Woran die Wespen nagen!“

Die Sozialdemokratie muß wirklich keine schlechte Frucht sein, weil sie in einer solch unedlen, niederträchtigen Weise bekämpft wird. Trotzdem es uns eigentlich überflüssig erscheint, unseren Kollegen gegenüber die Sozialdemokratie zu verteidigen, so wollen wir doch ein paar Punkte herausgreifen und beleuchten.

Da wird zunächst behauptet, die Sozialdemokratie vernichte den Mittelstand. Es sind ganz andere, von der sozialdemokratischen Bewegung völlig unabhängige Faktoren, die den Kleinbetrieb beiseite schieben. Der kapitalistische Großbetrieb, der sich nach und nach zu Kartellen und Ringen zusammenschließt, breitet sich immer mehr aus und erdrückt die kleinen, selbständigen Handwerker. Die Fabrik preßt dem Handwerk die Kehle zu und es gibt kein Mittel, diesen ganz natürlichen Entwicklungsgang aufzuhalten. Gegen eine im wirtschaftlichen Leben begründete Entwicklung hilft kein „warmes Herz“ der Regierungslente und die schönsten Versprechungen der Mittelstandsretter sind taube Rüsse. Gerade in unserer Branche sehen wir, daß die größte Konsumbäckerei Deutschlands, die Breslauer, mit der Sozialdemokratie nichts zu tun hat; die Leitung des Vereins ist gut bürgerlich und sozialistenfeindlich, von den 80 in der Bäckerei beschäftigten Leuten ist kein einziger sozialdemokratisch organisiert.

Sodann behaupten die Sozialistenfresser, die Sozialdemokraten huldigten der Verelendungstheorie, d. h. sie strebten dahin, daß das Elend immer größer würde, damit der Umsturz der Gesellschaft desto schneller eintrete. Daß diese Behauptung eine Verleumdung ist, sieht jeder sofort, der die auf Besserung der Lebenshaltung gerichteten Bestrebungen der Arbeiterbewegung beobachtet. Selbst nach Ansicht bürgerlicher Sozialpolitiker bedeutet der schrankenlose Kapitalismus eine wachsende Zunahme der Unsicherheit, des Elends, der Knechtung der unteren Volksklassen. Das Kapital wird getrieben von der Sucht nach Profit, und dieser Drang wird in dem einzelnen Kapitalisten entwickelt durch den Zwang der Konkurrenz. Daher strebt das Kapital danach, die Arbeitszeit der Arbeiter auszubehnen, die Löhne zu drücken, durch Arbeitsteilung und Maschinen es zu ermöglichen, daß billigeren Arbeitskräfte die besser bezahlten ersetzen, der ungelernete Arbeiter an Stelle des gelernten, Frauen und Kinder an Stelle der Männer treten. Das Streben nach Profit zusammen mit der Manflosigkeit der Produktion bringt aber auch Krisen mit sich, deren Umfang immer mehr wächst, und die das Elend der Arbeitslosigkeit in den weitesten Kreisen der Bevölkerung verbreiten.

Daß die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft, von der das sozialdemokratische Programm spricht, diese Wirkungen hat, ist heute, wie gesagt, auch von vielen bürgerlichen Sozialreformern anerkannt. Andererseits aber stimmen die Sozialdemokraten mit den Letzteren darin überein, daß es dringend notwendig ist, die Wirkungen der ökonomischen Entwicklung einzuschränken, und daß dies heute schon bis zu einem sehr erheblichen Grade geschehen kann, namentlich durch die Arbeiterschutzgesetze und gewerkschaftliche Organisationen, die am wirksamsten der Zunahme des Elends, der Knechtung, der Unsicherheit, der Ausbeutung entgegenreten.

Aus diesem Grunde unterstützt die Sozialdemokratie alle sozialpolitischen Maßnahmen, die eine Besserung der Lage der Arbeiter herbeizuführen imstande sind. Hierbei stößt sie auf den heftigen Widerstand der bürgerlichen Parteien, denen die sozialen Reformen immer zu weit gehen. Dieses Eintreten der Sozialdemokraten für Sozialreform hindert sie allerdings nicht, auch das weitergehende Ziel ins Auge zu fassen: die Beseitigung der Lohnsklaverei und Ersetzung derselben durch eine vernünftige Produktionsweise. Denn man mag sagen, was man will: zufrieden können die Arbeiter mit den gegenwärtigen sozialen Einrichtungen nicht sein. Dazu sind die Verhältnisse noch lange nicht gut genug. Weder sind die Löhne ausreichend zu einem Leben, wie es einem Arbeiter zukommt, noch ist auch die Existenz eine gesicherte. Die Hungerlöhne, die in verschiedenen Branchen noch heute die Regel bilden, und die große Arbeitslosigkeit, die über dem Haupte eines jeden Proletariats schwebt, sind leuchtende Beweise dafür, wie es mit der heutigen, „göttlichen Weltordnung“ bestellt ist.

Auch die sogenannte Sparthorie bietet einen Angriffspunkt gegen die Sozialdemokratie. „Die sozialdemokratische Behauptung,“ so heißt es in einer vielverbreiteten Lügenbrochüre, „daß der Arbeiter nicht sparen kann, enthält eigentlich nicht nur eine Unwahrheit, sondern auch ein Unrecht, um nicht zu sagen eine Beleidigung gegen die Arbeiter, die zu Millionen ihre Fürsorge für ihre Familien durch Sparsamkeit betätigen.“

Die Sozialdemokratie hat nirgends erklärt, der Arbeiter kann nicht sparen, sie hat nur erklärt, viele Arbeiter könnten nicht sparen. Sie hat aber die Ursache davon nicht bei den Arbeitern gesucht, also diese nicht beleidigt, sondern in den niederen Löhnen, die ihnen bezahlt werden. Liegt darin eine Beleidigung, so wendet sie sich gegen die Lohnrückler und ihre Helfershelfer. Was aber die Sozialdemokratie stets betont hat, das ist die Unmöglichkeit, durch Mittel wie Sparkassen oder Genossenschaften die Arbeiter zu befreien und in den Besitz ihrer eigenen Produktionsmittel zu setzen, sie zu ihren eigenen Unternehmern zu machen. Das aber haben jene Schönfärber, deren Geschäft es ist, die Arbeiter einzukullern, stets behauptet. Die Sozialdemokratie hält es für höchst wünschenswert, daß jeder Arbeiter einen Groschen für die Zeiten der Not zurücklegt, aber sie bestreitet, daß die Masse der Arbeiter sich durch Ersparnisse aus ihrer Klasse heraus in eine höhere gesellschaftliche Stellung erheben kann.

Ähnlich liegt es mit der Behauptung, daß die Lage der deutschen Arbeiter eine viel bessere sein würde, wenn sie sich nicht der Sozialdemokratie angeschlossen hätten. Man weiß zum Beweise dafür auf andere Länder hin, wo die Arbeiter mehr verdienen, trotzdem dort keine starke sozialdemokratische Bewegung existiert. Das ist ein Trugschluß, denn dort, wo die Sozialdemokratie und die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften am stärksten sind, steigen die Löhne am meisten, da hier politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Agitation zusammen wirken. Das ist auch sehr erklärlich, wenn man sich das Wesen der Sozialdemokratie vergegenwärtigt. Die Waffen, die dem Proletariat zum Kampfe gegen das Kapital zur Verfügung stehen, sind in allen Kulturländern dieselben und es wendet sie überall an, ob eine Sozialdemokratie dort besteht oder nicht. Überall gründet es Gewerkschaften, Konsumvereine, Produktivgenossenschaften, nimmt es Teil an den Wahlen, um Vertreter seiner Interessen in die gesetzgebenden Körperschaften und die Gemeindevvertretungen zu bringen. Aber es entwickelt diese Tätigkeit in anderer Weise dort, wo die Sozialdemokratie in der Arbeiterschaft Wurzel gefaßt hat, als dort, wo sie einflußlos ist. In den letzteren Ländern zersplittert das Proletariat seine Kräfte, indem es jede seiner Waffen ohne Zusammenhang mit den anderen gebraucht. Die Gewerkschaften, die Genossenschaftler, die Politiker, die Gemeinderäte denken da jeder nur an ihr begrenztes Gebiet, sie wirken nie zusammen und sie denken stets nur an das Unnützlichliegende. Alle Politik, alles gesellschaftliche Leben, das außerhalb der zunächstliegenden und engsten Arbeiterinteressen liegt, wird den Besitzenden überlassen, die die ganze Staatsmaschinerie in den Händen haben und die unumschränkten Herrscher über das ganze Denken und Fühlen des gesamten Volkes, die Arbeiter inbegreifen, bleiben, so daß sie mit den gelegentlichen Widerstandsversuchen einzelner Schichten der letzteren leicht fertig werden.

Ganz anders dort, wo die Sozialdemokratie auf das Proletariat Einfluß gewinnt. Was sie ihm bringt, das ist die Einheit in die gesellschaftlichen Zusammenhänge. Aus den instinktiven Widerstandsversuchen der Proletarien macht sie einen planmäßigen Kampf, die zersplitterten Kräfte faßt sie zu einer gemeinsamen Armee zusammen, in der jede Waffengattung in ihrer Weise kämpft, die anderen unterstützt und mit ihnen dem gleichen Ziele zustrebt. Sie zeigt den Proletariern den Zusammenhang ihrer engeren Interessen mit den allgemeinen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen, lehrt sie, auch diese verstehen und in sie selbständig eingreifen,

Arbeiterchutzpolitik im deutschen Reichstag.

—eh. Ueber obiges Thema referierte in einer von circa 800 Kollegen besuchten öffentlichen Versammlung der Reichstagskandidat und Landtagsabgeordnete G. v. Bollen...

Wir befinden uns gegenwärtig in einer sehr bewegten Zeit, in der Zeit nämlich vor den Reichstagswahlen. Da wird sehr viel von Politik gesprochen, am meisten aber wird dabei gerade das Wort „Sozialpolitik“ gebraucht...

Nicht die Regierung hat uns in Deutschland die Sozialpolitik gegeben, auch nicht die bürgerlichen Parteien, wie sie auch nicht freiwillig gekommen ist. Das bei uns Sozialpolitik getrieben wird, das haben wir nur den Sozialdemokraten zu verdanken...

Was ist nun bisher in Deutschland auf sozialpolitischem Gebiet geleistet worden? Es heißt, daß wir Deutsche an der Spitze der Sozialreform marschieren. Das ist nicht ganz richtig. In Bezug auf Arbeiterversicherung stehen wir allerdings allen anderen Ländern voran...

rechlungsparagrafen eingetreten ist. Nun aber dieser Haub an der Arbeiterklasse nicht gelungen ist, haben auch wir für die Novelle gestimmt. Die Verbesserungen haben auch da wieder die Verschlechterungen überwogen...

Wie steht es nun aber mit dem Arbeiterschutz? Ich habe gesagt, daß wir in Bezug auf diesem gegenüber anderen Ländern hinten dran stehen. Es ist allerdings in der letzten Reichstagsperiode viel in dieser Hinsicht gesprochen...

Neben dem Koalitionsrecht ist vor allem für die Arbeiterschaft von hoher Wichtigkeit der Normalarbeitszeit, was auch die Arbeiter schon längst selbst erkannt haben. Die Forderung auf gesetzliche Einführung desselben haben wir schon oft gestellt, aber immer ohne Erfolg...

Als Bebel die Mißstände im Bäckergewerbe der Öffentlichkeit übergab, hat es von allen Seiten geheißen: Der Kerl gehört ins Zuchthaus, ins Narrenhaus u. s. f. und als dann gar die Bundesratsverordnung erlassen wurde, da kannte die Mut der bürgerlichen Parteien...

Sehender dieser Dred nun war, desto größer war auch das Heiligum, das war aber schon beim Großvater so, auch beim Vater und in Zukunft muß es auch so bleiben. Der nationalliberale Adm. Schwarz von München-I war selbstverständlich der reaktionärste im Kampf gegen den Maximalarbeitszeit...

Sozialpolitik treiben heißt: Den wirtschaftlich Schwachen gegen den wirtschaftlich Starken schützen, d. h. denjenigen, der nichts hat als seine Arbeitskraft schützen gegen die Besitzende Klasse, daß ihm seine Arbeitskraft nicht zu früh genommen wird...

Diese Leute treiben natürlich nur alle 5 Jahre Sozialpolitik, immer nur vor den Reichstagswahlen. Da spricht jede Partei den Arbeitern das Blaue vom Himmel, und wenn es wirklich auf Reden ankäme, dann hätten wir schon so viel in Arbeiterschutzgesetz, daß wir eigentlich gar nichts mehr brauchten...

Wenn wir uns aber in den bürgerlichen Parteien ein wenig umsehen, da finden wir höchst sonderbare sozialpolitische Taten und einen noch merkwürdigeren sozialpolitischen Geist. Jedes einzelne Mitglied oder Anhänger dieser Parteien, welche eben zumeist Arbeitgeber sind, verhalten sich nicht nur ablehnend gegen die vernünftigsten Forderungen auf sozialpolitischem Gebiete, sondern sie betätigen dieselben sogar auf das allerentschiedenste und mitunter mit den verwerflichsten Mitteln!

Noch eine ganz besonders große sozialpolitische Tat der Zentrumspartei im bayerischen Landtag möchte ich Ihnen ins Gedächtnis rufen. Als für die Bergarbeiter der Achtstundentag eingeführt werden sollte, hat in der Kammer auch das Zentrum für denselben gestimmt. Die Reichstagskammer hat ihn dann wieder abgelehnt und als der Achtstundentag-Gesetzesentwurf noch einmal an den Landtag zurückkam, stimmte auch das Zentrum dagegen...

Was haben wir denn eigentlich für sozialpolitische Forderungen an den Staat?

Neben dem Normalarbeitszeit, Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit und Abschaffung der Nachtarbeit ist eine unserer Hauptforderungen: Einführung der Arbeiterkammern und Anerkennung der Gewerkschaften. Wir haben Handelskammern, Gewerbekammern usw., nur keine Arbeiterkammern. Alle Korporationen von Arbeitgebern, Innungen sowohl wie Fabrikantenvereine werden um ihre Meinung befragt, wenn irgend ein Gesetz gemacht wird...

Nun zum Koalitionsrecht. Alle Parteien sagen: „Das Koalitionsrecht darf nicht angetastet werden.“ Wenn es ihnen auch damit wirklich ernst wäre, dann sagen sie es wohl deshalb, weil sie selbst von der Einsicht durchdrungen sind, daß unser Koalitionsrecht in Deutschland so schon das rückständigste aller dieser ist. Aber es ist keiner Partei ernst um das Koalitionsrecht. Wenn sie es auch vor fünf Jahren durch Ablehnung der Zuchthausvorlage nicht genommen haben, so sind nicht diese Parteien schuld, daß wir noch ein Koalitionsrecht haben, sondern die Sozialdemokraten und zum großen Teil die christlichen organisierten Arbeiter...

Ein katholischer Arbeiter-Vereinspräsident hat sogar christlichen Arbeitern den Saal verweigert zur Abhaltung einer Versammlung, und als im vorigen Jahr der preussische Eisenbahnminister Bunde ungefähr 130 000 Eisenbahnern das Koalitionsrecht nahm, hat ihn das Zentrum sogar gelobt, indem es sagte: Ganz gut und recht so, der Minister hat ganz Recht, wenn er Herr in seinem Hause sein will.

Durch diese ministerielle Verfügung ist aber den Bediensteten nicht nur das Recht der gewerkschaftlichen Koalition genommen, sie dürfen sich auch keinem Konsumverein anschließen. Glauben Sie aber ja nicht, daß nur das preussische Zentrum so reaktionär ist, auch das bayerische ist nicht viel besser. Als vor einiger Zeit ein bayerischer Eisenbahnadjuvant sich freundlich über den Schweinfurter Eisenbahnverband aussprach, hat ihn sofort die gesamte Zentrumspresse öffentlich an den Pranger gestellt und ihn gewissermaßen demunziert. Es ist noch lange nicht damit abgetan, wenn ein Kandidat der bürgerlichen Parteien sagt: Ich will haben, daß das Koalitionsrecht weiter besteht. Mein Koalitionsrecht muß auch ausgedehnt werden auf die Landarbeiter, wie das bereits in anderen Ländern geschehen ist. Das Koalitionsrecht muß weiter geschützt werden. Was nützt es denn, wenn uns der Staat dieses gibt und jeder beliebige Huber oder Praier kann dasselbe wieder umstoßen, indem er einen solchen Arbeiter, der sich organisiert, einfach auf's Pfahler wirft. Also, auch Schutz dem Koalitionsrecht von Gesetzeswegen.

Ich habe gesagt: Unsere Arbeiterversicherung ist eine lüdenhafte. Eine Hauptlücke in dieser ist namentlich die, daß wir noch immer keine Arbeitslosenversicherung haben, trotzdem wir sie immer und immer wieder fordern. Auch die müssen wir noch bekommen vom Staat, ebenso eine Witwen- und Waisenversorgung. Weil ich gerade bei dieser bin, so will ich Ihnen gleich an einem Beispiel aus neuester Zeit zeigen, wie die bürgerlichen Parteien Sozialpolitik treiben, wobei natürlich wieder die Zentrumspartei der treibende Keil ist. Diese Partei sagt selbst, daß die Witwen- und Waisenversorgung ihr Verdienst sei. Was hat es nun eigentlich mit diesem Zentrumsvordienst großartigen auf sich? Als man daran ging, den Zollertrag auszuarbeiten, hat es geheißen: Das neue Zollegesetz wirt jährlich 120 Millionen Mark ab; die Arbeitgeber haben dann noch 120 Millionen an Beiträgen zu zahlen und aus dieser Summe kann der Staat dann einer Arbeiterwitwe jährlich 100 M und für jedes Kind 33 1/2 M geben. So hat es eine Zeit lang geheißen. Später dann, als der Zollertrag angenommen war, rücte man heraus, daß auf jede Witwe nur 30 M und auf jedes Kind 9 M pro Jahr trifft. Nun liegt aber die Sache noch weit schlimmer, wenn wir nicht gerade sagen wollen, sie kriegen gar nichts. Der Schreiber des schon erwähnten christlichen Arbeiterflugblattes aus Düsseldorf hat ausgerechnet, daß erst jeder Arbeiter durch das Zollegesetz 1 M zahlen muß, wenn seine Frau und Kinder einmal 20 M bekommen, im Falle daß er stirbt. Und diese Rechnung stimmt. Noch an einem Beispiel möchte ich Ihnen, bevor ich Schluss mache, zeigen, wie das Zentrum Sozialpolitik treibt. Es war kurz vor Schluss des Reichstages, da stand ein Gesetzesentwurf zur Beratung, wonach die Phosphorzündholzfabrikation verboten werden sollte. Die Arbeiterinnen und Arbeiter in diesen Fabriken erkranken sehr häufig an der sogenannten Phosphornekrose, eine Krankheit, die als eine der gefährlichsten bezeichnet werden muß, weil dabei dem Kranken das Zahnefleisch, ja sogar der Unterkiefer wegfällt. Sehr oft müssen dem Kranken sämtliche Zähne gerissen werden, oder der Unterkiefer abgenommen werden. Der Abg. Dr. Fischer hat sich am allerärtigsten gegen dieses Gesetz gewehrt. Zunächst erklärte er, ein solches Gesetz sei überhaupt gar nicht nötig, die Phosphornekrose sei keine so gefährliche Krankheit, durch eine ganz einfache Operation (Zahnziehen und Abnahme des Unterkiefers) kann sie wieder geheilt werden usw. Als ihn aber alles nichts half, beantragte er, daß das Gesetz erst in mehreren Jahren in Kraft treten solle, damit ja den Zündholzfabrikanten nicht wehe geschieht. Ich wäre am Ende.

Ich habe Ihnen gezeigt, wofür wir gestimmt haben und nicht gestimmt haben und was wir überhaupt in Bezug auf Arbeiterschutzpolitik geleistet haben.

Nun andere Parteien sagen, was sie wollen, die treiben ja doch mit Stimmenfang. Sie wollen die Stimmen der Arbeiter, damit sie im Reichstag zur Macht gelangen, haben sie aber diese einmal, dann dürfen wir sicher sein, daß die Sozialpolitik im Reichstage über Bord geworfen wird. Der Erfolg der letzten Legislaturperiode auf sozialpolitischem Gebiete ist ein sehr negativer. Verzeihen Sie, daß ich und wir Sozialdemokraten unsere sozialpolitischen Gesetze gar nicht loben, sondern immer schimpfen. Wenn wir Sozialdemokraten diese einmal loben, dann geschieht überhaupt nichts mehr. Es gibt für uns Sozialdemokraten noch viel zu tun, machen Sie uns diese Arbeit leichter, indem Sie uns durch eine tatkräftige Organisation

